




Forderungen des DBVW zur Bundestags-Wahl



was mit dem Wasser in Deutschland geschieht, ist von großer Tragweite für die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft unseres Landes. Der DBVW e.V. ist ein Zusammenschluss von elf Landesverbänden, durch den die Interessen der verbandlichen Wasserwirtschaft auf europäischer und auf Bundesebene wahrgenommen werden (<https://dbvw.de/>). Wir sind der Daseinsvorsorge und dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet und machen uns daher für eine generationsübergreifende und ganzheitliche Betrachtung der Ressource Wasser stark.

Aufgrund kumulativer Einflüsse durch Klimawandel und Naturrisiken, gesellschaftlichen Wandels, fortschreitenden Ressourcenverbrauchs, Globalisierung der Wirtschaft, demografischen Wandels und sozialer Fragmentierung muss Wasser künftig integrativer gedacht werden. Dies macht verstärkt Umdenkungsprozesse und Anpassungsbedarf erforderlich, um Städte, Regionen und den ländlichen Raum besser gegen Risiken, wie z. B. Überschwemmungen oder langanhaltende Trockenphasen zu schützen. Beide Aspekte müssen auch jeweils die naturräumlichen Bedingungen, die technische Struktur und Wechselwirkungen mit anderen Faktoren wie Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung, industrieller und landwirtschaftlicher Wassernutzung betrachten.

Damit auch die nachfolgenden Generationen die Ressource Wasser noch nutzen können, ist eine nachhaltige Bewirtschaftung erforderlich. Dies kann jedoch nur über den ganzheitlichen Ansatz unter Berücksichtigung aller Beteiligten erfolgen.

Der DBVW e.V. vereint als einzige Organisation alle Bereiche der Wasserwirtschaft – Trinkwasserversorgung, Abwasserbehandlung, Gewässerunterhaltung, Hochwasserschutz, Küstenschutz und Bewässerung - und verfügt damit über umfangreiche Erfahrung im Bereich der integrativen Wasserwirtschaft.

Nachfolgend erhalten Sie Kernforderungen des DBVW e.V. zu Ihrer Information und mit der Bitte, sich hierfür im Rahmen Ihrer politischen Arbeit einzusetzen:

Zusammenfassung:

- 1. Wasserwirtschaft muss integrativ gedacht werden; hierfür sollte die Kompetenz der Branche genutzt werden**
- 2. Für die Herausforderungen der Wasserwirtschaft muss eine Finanzstrategie geschaffen werden**
- 3. Der Vorrang der Daseinsvorsorge muss konsequent umgesetzt werden**
- 4. Die Wasserressource darf nicht gefährdet werden**
- 5. Die erweiterte Herstellerverantwortung und das Verursacherprinzip müssen jetzt umgesetzt werden**
- 6. Personal-, Energieressourcen und Lieferketten müssen sichergestellt werden**
- 7. Eine Regulierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft lehnen wir ab**
- 8. Das Ehrenamt muss gestärkt werden**

Weitere Ausführungen zu den einzelnen Punkten finden Sie im Folgenden:

1. Wasserwirtschaft integrativ denken und Kompetenz der Branche nutzen!

Die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser zu jeder Zeit und der hohe Standard der deutschen Abwasserbehandlung, aber auch der Küsten- und Hochwasserschutz, die Gewässerbewirtschaftung sowie die Bewässerung sind Teil unserer Lebensgrundlage, sind Standortfaktor für unsere Kommunen und das ganze Land. Die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbehandlung sind zudem wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und der Kritischen Infrastruktur in Deutschland. Die aktuellen Herausforderungen machen Umdenkungsprozesse und Anpassungsbedarf erforderlich.

Zunehmend trockeneren Sommern werden niederschlagsreichere Winter prognostiziert gegenüberstehen. Niederschläge im Sommer sollen dabei vermehrt als isolierte und kurze Starkregenereignisse erfolgen. Insgesamt wird die Gefahr von Dürren und gleichzeitig von Überschwemmungen steigen. Große Teile des Niederschlagswassers im Winter werden aktuell noch im natürlichen Abfluss oder über Schöpfwerke ins Meer abgeleitet, um Siedlungen und die Flächenbewirtschaftung nicht zu gefährden. Es müssen Anstrengungen erfolgen, diesen Wasserschatz zu speichern und zu nutzen, um über mehr Wasser in Trockenperioden oder in trockeneren Landesteilen zu verfügen.

Neben der Wasserspeicherung ist auf den Wasserrückhalt vor Ort ein besonderes Augenmerk zu richten. Zum einen ist das Potential des Rückhalts im Speicherraum der vorhandenen Gewässer zu nutzen. Dafür werden teilweise technische Maßnahmen, wie z.B. der Bau von Stauanlagen, notwendig sein, da die Möglichkeiten der natürlichen Rückhaltmaßnahmen oft begrenzt sind. Staumaßnahmen können allerdings im Widerspruch zu Forderungen des Naturschutzes und der EG-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) stehen, hier ist jeweils sorgfältig abzuwägen. Doch auch weitergehende Maßnahmen wie die Steuerung von Drainagen, Auenreaktivierungen oder Flächenentsiegelung sind bedeutsam für den Wasserrückhalt vor Ort und müssen daher unbedingt mitgedacht werden.

Die integrative Wasserwirtschaft und das damit verbundene Wassermanagement sind stark durch den Klimawandel beeinflusst. Es sollte daher auch in hohem Maß dafür gesorgt werden, dass mit dem Klimawandel verbundene Förderprogramme genutzt

werden können. Hier ist vor allem an das vom Bund angestoßene „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) zu denken, in das erhebliche Mittel fließen werden.

2. Finanzstrategie Wasser schaffen!

Durch den Klimawandel, die Energiewende und den demografischen Wandel ergibt sich in Verbindung mit der bestehenden wasserwirtschaftlichen Infrastruktur für die Wasserwirtschaft in den nächsten Jahren ein erheblicher Anpassungsbedarf. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge fordern wir daher, eine gemeinsame Finanzstrategie auf Bundes- und Länderebene zu schaffen. Hierzu gehören einerseits geeignete Förderprogramme, die z.B. das Wassermanagement und die Prognosefähigkeit unterstützen, aber auch eine auf die Branche (Wasser) zugeschnittene Förderung von Maßnahmen zur regenerativen Energieerzeugung, um die Energiewende weiter voranzubringen. Andererseits muss es für die Wasserwirtschaft zinsvergünstigte Kredite geben, aber auch Gesetzesänderungen (z.B. Steuerrecht), um flexiblere Finanzierungsinstrumente für den wasserwirtschaftlichen Substanzerhalt zu schaffen. Neben der Finanzstrategie bedarf es auch einer Beschleunigung von Planung und Umsetzung von Bauvorhaben.

Gemeinsames Ziel von Politik und kommunaler Wasserwirtschaft muss es sein, die mit dem Erhalt der Infrastrukturen verbundenen Herausforderungen noch stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Eine funktionierende und qualitativ hochwertige kommunale Wasserwirtschaft stellt die Basis der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland dar.

3. Vorrang der Daseinsvorsorge konsequent umsetzen!

Wir fordern, den gesetzlich verankerten Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung konsequent umzusetzen. Wasserrechtsverfahren der Daseinsvorsorge müssen vereinfacht und Wasserrechte flexibilisiert werden. Belange der EG-WRRL oder des Naturschutzes, aber auch wirtschaftliche Interessen dürfen der öffentlichen Wasserversorgung oder Abwasserbehandlung nicht entgegenstehen. Zudem muss bei der Nutzung der Flächen und des Untergrundes der Wassergewinnung der öffentlichen

Wasserversorgung der Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen eingeräumt werden. Wir fordern einheitliche und verlässliche Vorgaben zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und des Vorrangs der öffentlichen Wasserversorgung.

4. Die Wasserressource darf nicht gefährdet werden!

Wir fordern, dass der vorsorgende Wasserschutz als gesellschaftspolitische Aufgabe bei allen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Entscheidungen als oberstes Ziel anerkannt wird. Jegliche Einträge von Stör- und Schadstoffen in diese Ressource müssen vermieden werden – dies muss bereits in den entsprechenden Zulassungsverfahren z.B. von Pflanzenschutzmitteln oder Düngemitteln berücksichtigt werden. Aber auch bei Arbeiten im Untergrund z.B. bei der Gewinnung von Energie oder Rohstoffen darf die Wasserressource nicht gefährdet werden.

5. Erweiterte Herstellerverantwortung und Verursacherprinzip umsetzen!

Mit der EG-Kommunalabwasser-Richtlinie werden Verursacher von Gewässerbelastungen über eine erweiterte Herstellerverantwortung in die Pflicht und finanzielle Verantwortung genommen. Dies ist überfällig, da die erweiterte Herstellerverantwortung eine notwendige Voraussetzung für den Schutz der Wasserqualität ist. Jetzt gilt es, dies über pragmatische Regelungen in die deutsche Gesetzgebung umzusetzen. Neben der Finanzierung von weitergehender Abwasserbehandlung muss die Herstellerverantwortung aber auch für die Trinkwasserversorgung eingeführt werden, soweit zusätzliche Aufbereitungsschritte aufgrund von anthropogenen Spurenstoffen in der Umwelt erforderlich werden.

6. Sicherstellung von Personal-, Energieressourcen und Lieferketten!

Die Krisen der letzten Jahre haben Herausforderungen für die kritischen Infrastrukturen aufgezeigt. Zur Bewältigung dieser bedarf es ausreichend qualifizierte Fachkräfte in der Wasserwirtschaft. Wir benötigen dringend mehr Unterstützung bei der Erstausbildung und Qualifizierung.

Des Weiteren stellen stark gestiegene Energiepreise, Inflation und unzuverlässige Lieferketten die Wasserverbände vor neue Herausforderungen. Die wasserwirtschaftlichen Anlagen als wesentliche Teile der kritischen Infrastrukturen müssen zukünftig besser geschützt werden. Dies bedeutet insbesondere, dass die nötigen Rahmenbedingungen für eine Versorgung mit essenziellen Betriebsmitteln zu gewährleisten ist. Des Weiteren müssen rechtliche Rahmenbedingungen für die Erzeugung erneuerbarer Energien geschaffen werden.

7. Eine Regulierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft lehnen wir ab!

Wasserversorgung und Abwasserbehandlung muss öffentliche Daseinsvorsorge bleiben. Eine Liberalisierung oder Regulierung ist auszuschließen. Das entsprechende Bekenntnis von Bundestag und Bundesregierung aus den Jahren 2001 (Bundestagsantrag, BT-Drs. 14/7177) und 2006 (Bericht der Bundesregierung, BT-Drs. 16/1094) muss dringend erneuert werden.

8. Das Ehrenamt stärken!

Wasser- und Bodenverbände und Zweckverbände in Deutschland erfüllen viele wichtige Aufgaben der mittelbaren Staatsverwaltung. Sie sind dabei in der Lage, wegen der schlanken Organisation und des örtlichen Bezugs, ihre Kräfte zu bündeln und integrierend Probleme zu lösen. Das ist nur dank eines starken Engagements ehrenamtlicher Kräfte möglich, die mit den hauptamtlichen Mitarbeitern der Verbände zusammenwirken und ein starkes demokratisches Element in die Verwaltung und Leitung der Verbände bringen. Dieses Engagement gilt es zu erhalten und zu stärken. Ein Beispiel dafür wäre eine Regelung, die Arbeitnehmer, vergleichbar wie bei der Freiwilligen Feuerwehr, unter Entschädigung des Arbeitgebers von der Arbeitspflicht freizustellen, wenn sie zeitlich nicht planbare Verpflichtungen aus einem Ehrenamt bei einem Verband wahrnehmen müssen, z.B. Koordinationsaufgaben bei der Deichverteidigung.

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...,

ohne die öffentliche Wasserwirtschaft gäbe es keine Wohngebiete, keine Gewerbegebiete, kein Wachstum. Ob Landwirt oder Unternehmer, Familie oder Politik - jeder von uns kann und muss Verantwortung für sein Handeln übernehmen, um unsere wertvolle Ressource Wasser zu schützen und nachhaltig zu sichern.

Wir würden uns freuen, wenn Sie diese wichtigen Aspekte für das Gemeinwohl in Deutschland in Ihrem Wahlprogramm und in eventuell späteren Koalitionsverhandlungen berücksichtigen könnten.

Gerne kommen wir mit Ihnen ins Gespräch, um vertieft über die o.g. Forderungen und erforderlichen Maßnahmen diskutieren zu können. Bitte sprechen Sie uns jederzeit gerne an!

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted Signature]

[Redacted Signature]

[Redacted Signature]

[Redacted Name]

[Redacted Name]

[Redacted Name]

